Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege



17.12.2014

Stellungnahme der BAGFW zum Zwischenbericht zur Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege

Die in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) zusammenarbeitenden Spitzenverbände begrüßen den vom Bundesamt für

Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) herausgegebenen Zwischenbericht. da er erkennbare Ausbildungserfolge der ersten Halbzeit transparent macht.

Die in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) zusam menarbeitenden Spitzenverbände begrüßen den vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) herausgegebenen Zwischenbericht zur Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege, da er erkennbare Ausbildungserfolge der ersten Halbzeit transparent macht. Zu diesen Erfolgen haben die vielen verschiedenen Beiträge aller Akteure in den zehn Handlungsfeldern der Offensive beigetragen. In der Vielzahl der Aktivitäten zeigt der Zwischenbericht entscheidende Stellhebel für die Gewinnung von Fachkräften für die Altenhilfe auf. Diese müssen im Blick auf die zweite Phase der Offensive besonders in den Blick genommen werden.

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege begrüßen die deutliche Steigerung der Ausbildungseintrittszahlen im Schuljahr 2013/2014 von 14,5% gegenüber dem Vorjahr. Hier zeigt sich, dass die Anstrengungen im Rahmen der Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive, zu denen auch die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege wesentlich beigetragen haben, erkennbare Früchte tragen.
Der Zwischenbericht zeigt deutlich das enorme Potenzial der Umschulungsförderung für die Deckung des Fachkräftebedarfs: Innerhalb eines Jahres nach Wiedereinführung der dreijährigen Umschulungsförderung haben sich die Umschulungseintritte fast verdoppelt. Die Einrichtungen und Schulen der Freien Wohlfahrtspflege bieten den Umschülerinnen und Umschülern entsprechend Plätze an.

Umschülerinnen und Umschüler sind aufgrund ihrer Lebens- und Berufserfahrung für die Altenpflege eine große Bereicherung. Sie sind hochmotiviert und die Abbrecherquoten sind bei ihnen meist geringer als bei anderen Auszubildenden. Da Umschülerinnen und Umschüler nach der Ausbildung in der Regel ohne weiteres eine Anstellung finden und keine Transferleistungen mehr beziehen, ist die Umschulungsförderung zudem eine besonders nachhaltige Form der Förderung. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege plädiert daher für eine reguläre und kontinuierliche Umschulungsförderung, um das „Stop-and- go“ in der Umschulungsförderung zu beenden, die Verstetigung der Ausbildungszahlen zu erzielen und die Planungssicherheit für alle Beteiligten zu erhöhen.

Die im Bericht angeführten Zwischenergebnisse sind in der Summe jedoch hinter den Erwartungen der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege zurückgeblieben. So wird anhand des Berichtes erkennbar, dass die Steigerungen der Ausbildungszahlen in den Bundesländern sehr unterschiedlich realisiert werden konnten. Denn das Kernproblem, die zu geringe (Re-)Finanzierung der Ausbildung, ist bisher noch nicht ausreichend angegangen worden und wirkt sich weiterhin als Hemmnis im Ausbildungsgeschehen aus.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege hat in ihrem eigenen Bericht zur Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive, der im Internet abrufbar ist,1 die Finanzierungsproblematik in der praktischen und schulischen Ausbildung und Nachqualifizierung ausführlich dargelegt. In der Zusammenfassung zeigt sich,

* dass die Ausbildungsfinanzierung in den Bundesländern nach

einheitlichen Grundsätzen geregelt werden muss
* dass ausbildende Einrichtungen gegenüber nicht-ausbildenden Einrichtungen aufgrund der mit der Ausbildung einhergehenden Kostenbelastung keinen Wett- bewerbsnachteil haben dürfen,
* dass die Finanzierung der Praxisanleitungen solide und kostendeckend im Rahmen der Finanzierung der Pflegeausbildung geregelt sein muss
* dass die schulische Ausbildung bzw. die Altenpflegeschulen kostendeckend finanziert werden müssen.

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege haben in ihrem BAGFW-Zwischenbericht die Ausbildungshemmnisse beschrieben und Lösungsvorschläge unterbreitet. Um die Ausbildungszahlen in der Pflege weiter zu verbessern, wäre der erste Schritt getan, indem die dargelegten Probleme in der Praxis benannt werden. Hierauf aufbauend ließen sich für die „zweite Halbzeit“ maßgebliche Änderungen und Verbesserungen herbeiführen.
Die Bedeutung eines Umlageverfahrens als entscheidender Stellhebel für die Ausbil- dungsbereitschaft der Einrichtungen ist unverkennbar: In Bundesländern, in welchen eine Umlagefinanzierung eingeführt wurde, steigen die Zahlen der Auszubildenden in beeindruckender Höhe, wie zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen und im Saarland. Ein Umlageverfahren verringert deutlich den Wettbewerbsnachteil für ausbildende - und damit für die Pflegebedürftigen „teure“ - Pflegeeinrichtungen. Dennoch wurde bisher in sieben Bundesländern keine Ausbildungsumlage eingeführt. Ein Grund dafür ist die Voraussetzung, dass nach § 25 AltPflG ein drohender oder bestehender Ausbildungs- platzmangel nachgewiesen werden muss. Ein weiterer Grund scheint die abwartende Haltung auf Länderebene mit Blick auf die Einführung des neuen Pflegeberufegesetzes zu sein. Angesichts des schon heute verschärften Fachkräftemangels in der

Altenpflege erwartet die BAGFW eine transparente und zielorientierte Reformdebatte. In einer älter werdenden Gesellschaft braucht es zunehmend gut qualifizierte Pflegefachkräfte und Qualifikationen für unterstützende Tätigkeiten in der Pflege. Dafür sind die entspre- chenden Rahmenbedingungen und Mittel zur Verfügung zu stellen.
Im Vereinbarungstext zur Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive wurde die Prüfung der Schulgeldfreiheit an privaten Altenpflegeschulen vereinbart. Der Vereinba- rungstext weist zu Recht darauf hin, dass die Kostenfreiheit der Ausbildung für die Attraktivität einer Ausbildung eine besondere Rolle spielt, denn das Schulgeld bedeutet für viele Schülerinnen und Schüler eine zusätzliche Zugangsbarriere zur Ausbildung. Das steht im deutlichen Widerspruch zur gesellschaftlichen Bedeutung des Berufs und zum Fachkräftemangel. Die Länder erklärten sich im Vereinbarungstext bereit, zu prü- fen, ob eine Schulgeldfreiheit für Auszubildende an privaten Altenpflegeschulen eingeführt werden kann.
Der Zwischenbericht führt aus, dass in sieben Bundesländern wie zu Beginn der Offensive weiterhin von Altenpflegeschulen in nicht staatlicher Trägerschaft Schulgeld erhoben wird. Die Schulen sind zur Finanzierung ihres Ausbildungsangebots offenbar immer noch auf Schulgeld angewiesen, weil die staatliche Förderung keine auskömmliche Finanzierung ermöglicht.
Die Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege ist der erste Ausbildungspakt in der Altenpflege, zu dem sich die rund 30 Partner verpflichtet haben. Der Zwischenbericht zeigt eindrücklich, dass die weitere Umsetzung der begonnenen Verbesserungen auch in der zweiten Hälfte der Offensive mit ganzer Kraft weiter geführt und die zentralen Hemmnisse mit Blick auf die Ausbildungskosten abgebaut werden müssen. Hierfür ist es dringend erforderlich, dass die Offensive von der politischen Ebene weiterhin die volle Unterstützung erhält.

Dateien

2014-12-17_Stellungnahme_Ausbildungs_und_Qualifizierungsoffensive_Altenpflege.pdf 61 KB

Zum Seitenanfang

Veröffentlichungen

Aktuelle Meldungen
Stellungnahmen/Positionen
Stellungnahmen 2025
Pressemitteilungen
Publikationen